Neues Deutschland

12.04.2010 / Inland / Seite 5

Rüdiger Sagel, Verfassungsschutz, Klage,

Abgeordneter Rüdiger Sagel klagt gegen Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen

Von Marcus Meier, Köln

Die NRW-LINKE wehrt sich gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Der Extremismus-Vorwurf sei an den Haare herbeigezogen. NRW-Innenminister Wolf missbrauche die Behörde für Wahlkampfzwecke.

Foto: www.andi.nrw.de

Das Gesicht debil und hasserfüllt, in der Hand ein Stein, im Hintergrund ein roter Stern. So stellt sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz (VS) den typischen »Linksextremisten« vor. So wird er jedenfalls dargestellt im VS-Comic »Linksextremismus: Voll die Randale«, der belegen soll, dass fast alle linken Wege in die Gewalt führen. Der rote Stern hat sechs Zacken. Üblich sind fünf. Und möglicherweise nimmt der NRW-VS es auch jenseits der Comic-Erstellung nicht so genau mit den Fakten.

Die Debatte tobt seit drei Wochen, seit der aktuelle VS-Bericht für das Land NRW mit einem langen Kapitel über die LINKE erschien: Macht der Geheimdienst Propaganda gegen die unliebsame Partei – und das kurz vor der Landtagswahl am 9. Mai? Missbraucht NRW-Innenminister Ingo Wolf die Behörde gar für politische Zwecke? Das glaubt Rüdiger Sagel, derzeit einziger Abgeordneter der LINKEN im Landtag NRW: »Die Bespitzelung und Erwähnung im Verfassungsschutzbericht wird von Innenminister Wolf instrumentalisiert, um Wähler der Linkspartei abzuschrecken.«

Dabei sei die Argumentation gegen die NRW-LINKE »an den Haaren herbeigezogen«. Es gebe, so Sagel, keinen einzigen Hinweis auf verfassungsfeindliche Handlungen. Der Abgeordnete klagt nun vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf: Der VS sei nicht berechtigt, personenbezogene Daten über ihn, Sagel, zu sammeln. Sämtliche Landesvorstandsmitglieder der LINKEN wollen Auskunft über ihre etwaigen VS-Akten beantragen. Und erwägen rechtliche Schritte.

Der NRW-Landesverband der LINKEN steht in dem Ruf, besonders radikal zu sein. Vielen gilt die NRW-Linke als eine Ansammlung von »Chaoten«. Eine Steilvorlage für Kritikables suchende Schlapphüte, sollte man meinen. Doch der aktuelle VS-Bericht enthält fast nur Aussagen über die Bundespartei und solche, die auch für alle anderen Landesverbände gelten. In vielen Bundesländern aber wird die LINKE längst nicht mehr beobachtet. Bereits 1994 sprach sich Mathilde Koller, seinerzeit Chefin des VS Sachsen, gegen eine Observation der damaligen PDS aus. Denn das werde »dem Phänomen nicht gerecht«. Koller suchte gar den Dialog mit den Genossen, besuchte die Landtagsfraktion, schüttelte sozialistische Hände. Heute leitet die Karriere-Juristin den VS in NRW. Und sie verkündet: »Es gibt klare Hinweise, die den Verdacht erhärten, dass die LINKE das Ziel hat, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch eine andere Ordnung zu ersetzen.«

Hinweise erhärten den Verdacht auf ein Ziel: Wo aber attackiert die NRW-LINKE konkret die Grundsäulen der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung«, also Demokratie, Föderalismus, Rechtsstaatlichkeit, Republik- oder gar Sozialstaats-Prinzip? Die Frage lässt der VS-Bericht unbeantwortet. Stattdessen heißt es über das Landtagswahlprogramm der Partei: »In der Formulierung ›rational, sozial gerecht, nachhaltig und demokratisch‹ ... sind alle Elemente enthalten, die auch die Forderung nach einer realsozialistischen Planwirtschaft denkbar erscheinen lassen.«

Was eine denkbar erscheinende Forderung ist, lassen die Autoren offen. Sie schießen sich lieber auf das unschuldige Adjektiv »rational« ein: Es entstamme dem »marxistisch-leninistischem Sprachgebrauch«. Auch Guido Westerwelle, Parteifreund des NRW-Innenministers, fordert übrigens eine »rationale« Energie- und Klimapolitik. Unter Leninismus-Verdacht steht der FDP-Chef und Außenminister bisher nicht.

Die »Chaoten« der NRW-LINKEN – der Geheimdienst hätte mehr Honig saugen können. Hermann Dierkes, Vorsitzender der LINKE-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg, sorgte in der eigenen Partei für emotionale Debatten, als er zum Boykott israelischer Waren aufrief. Unlängst fügten Dierkes' Kritiker den Vorwürfen hinzu, dass er das »läppische Existenzrecht« des jüdischen Staates in Frage gestellt und die Bedeutung des Holocaust relativiert habe. Für den Zentralrat der Juden in Deutschland ist Dierkes schlicht ein »Israel-Hasser und Antisemit«. Auch Gregor Gysi und andere Genossen lasen Dierkes die Leviten.

URL: http://www.neues-deutschland.de/artikel/168886.ruediger-sagel-verfassungsschutz-klage.html